

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASILIEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.dewww.kas.de/mexikowww.kas.de/brasilienwww.kas.de/usa

Der V. Amerikagipfel in Trinidad: Reaktionen aus Mexiko, Venezuela, Brasilien und den USA

MEXIKO

Die Form dominiert den Inhalt

Schöner Schein und Harmonie, wenig konkrete Ergebnisse. So lässt sich das Ergebnis des 5. Amerikagipfels auf den Punkt bringen, der jetzt in Port of Spain/Trinidad und Tobago zu Ende ging. Immerhin: bei früheren Gelegenheiten wurde zwischen Nord- und Süd heftig gestritten, nicht zuletzt über die Kuba-Frage, die auch diesmal eine herausragende Rolle spielte. Bei der Abschlussdeklaration rettete man mit einer überaus feinsinnigen Unterscheidung: sie sei von Konsens, wenn auch nicht von Einstimmigkeit geprägt.

Der Gipfel war in jedem Falle einer mit viel Symbolik. Die Hauptfigur ganz eindeutig: der neue amerikanische Präsident Barack Obama, dem vor allem eine Entspannung der Beziehungen zu diversen Links-Regierungen in Südamerika ebenso gelang wie die Reparatur des unter seinem Vorgänger arg angeschlagenen USA-Bildes in der lateinamerikanischen Öffentlichkeit. Obama selbst sah eine „neue Ära der Beziehungen zwischen den amerikanischen Nationen“ anbrechen und erwähnte direkt Kuba und Venezuela. Es sei allerdings noch ein langer Weg, um jahrzehntelanges Misstrauen abzubauen. Nicht umsonst figuriert Obama bei Umfragen derzeit als der populärste Führer eines amerikanischen Staates.

Sein Stil des Zuhörens – stoisch ertrug er unter anderem eine fünfzigminütige Philippika von Nicaraguas Präsident Daniel Ortega, der die USA so ziemlich für alle Übel

dieser Welt verantwortlich machte – kommt gut an, vermeidet aber gleichzeitig eindeutige Festlegungen. Von Venezuelas Präsident Hugo Chavez nahm er lächelnd ein Buchpräsent in Empfang: „Die offenen Adern Lateinamerikas“, ein vergleichsweise alter und ideologiegetränkter Schinken aus der Feder des Uruguayers Eduardo Galeano, der allerdings direkt nach dem Gipfel einen gewaltigen Sprung in den Bestsellerlisten machte.

Der einflussreiche Kolumnist Andrés Oppenheimer verglich die Geste damit, als ob man dem Präsidenten Israels ein Exemplar von Hitlers „Mein Kampf“ geschenkt hätte. Auch Oppenheimers Gesamtbilanz fällt negativ aus: „Das einzige was wir haben, ist ein Präsident, der im Süden gut ankommt.“ Ansonsten aber sei seit Clintons erster Gipfelinitiative 1994 in Miami, bei der der Weg zu einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) eingeschlagen wurde – er erwies sich spätestens 2005 beim vorletzten Gipfel in Mar del Plata / Argentinien als Sackgasse – in der Region wenig passiert, gerade im Vergleich zu Asien und Europa.

Kubafrage dominierte

Obwohl Kuba das einzige Land der 35 Länder der Hemisphäre blieb, das von diesem Gipfel ausgeschlossen war, dominierte die Kuba-Frage und eine mögliche Rückkehr in den Kreis der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) nicht zuletzt die öffentliche Wahrnehmung der Konferenz, unabhängig von der Frage, ob der Karibikstaat überhaupt wieder in diese Vereinigung will.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

Zahlreiche Bemühungen innerhalb Lateinamerikas – orchestriert nicht zuletzt von Brasiliens Staatschef Lula da Silva, deuten eher darauf hin, dass man eigene Organisationsformen anstrebt - ohne die USA, aber mit Kuba. Die Erweiterung der *Rio-Gruppe*, aber auch die Gründung der südamerikanischen Staatenunion UNASUR gehen in diese Richtung und untermauern einen Führungsanspruch Brasiliens. Allerdings ist andererseits der Protest der Lateinamerikaner gegen das 47 Jahre alte Embargo der USA gegen die Insel – manche sprechen irrigerweise immer wieder von „Boykott“ – ein einigendes Band jenseits der zahlreichen direkten Konflikten, die zwischen lateinamerikanischen Staaten bestehen. Da fällt es dann auch kaum ins Gewicht, dass zwar lautstark und immer wieder eine Änderung der Politik der USA verlangt wird, gleichzeitig aber kaum je die desolate Menschenrechtslage auf Kuba oder das Schicksal der politischen Gefangenen dort zum Thema gemacht wird. Dass Barack Obama in seinem Eingangsstatement gleich versöhnliche Worte Richtung Kuba fand und vom „Wunsch nach einem Neuanfang“ in den bilateralen Beziehungen sprach, kam in jedem Falle gut an.

Vorleistungen aus den USA

Wichtige Vorleistungen hatten die USA bereits in den Wochen vor dem Gipfel erbracht. Auch wenn eine Lockerung oder Aufhebung des Embargos noch nicht zur Debatte stehen – die jetzt beschlossenen Maßnahmen sehen nicht wenige als ersten Schritt in diese Richtung. Aufsehen erregte schon zuvor der einflussreiche amerikanische Senator Richard Lugar, als er die traditionelle US-Politik gegenüber Kuba für gescheitert erklärte. Die US-Politik habe der kubanischen Regierung als Begründung für ihre Wirtschaftsprobleme gedient und die USA zudem von Europa und Lateinamerika entfremdet.

Entsprechend beschloss der US-Senat am 10. März mit 62 gegen 35 Stimmen Erleichterungen für die Reisen von in den USA lebenden Exilkubanern auf die Insel. Statt alle drei Jahre können sie jetzt jährlich ihre Angehörigen besuchen, für unbegrenzte Zeit mit einem von 50 auf 179 Dollar erhöhten

täglichen Ausgabenvolumen. Erleichtert wurden auch die Importe Kubas von Lebensmitteln und Medikamenten aus den USA: sie müssen künftig nicht mehr im voraus bezahlt werden. Da das Repräsentantenhaus diese im einem sogenannten „Omnibus-Gesetz“ zum Haushalt enthaltenen Regelungen schon bestätigt hatte, brauchte Präsident Barack Obama nun lediglich noch zu unterschreiben – womit er auch ein Wahlversprechen einlöst. Die Parteizeitung der kubanischen Kommunisten, *Granma*, sprach bereits von einem „ersten Rückschlag für die anticastristische Mafia in Miami.“

Auch noch bestehende Reiseerschwernisse für alle Amerikaner sollen fallen – so sieht es jedenfalls ein gemeinsamer Gesetzentwurf von Republikanern und Demokraten vor, der zudem von mächtigen Wirtschaftsorganisationen unterstützt wird. Byron Dorgan, demokratischer Senator für Norddakota und einer der Autoren der Initiative, bezeichnete es als absurd, Amerikaner für Reisen nach Kuba zu bestrafen, wo gleiches eben nicht für Besuche in China oder Vietnam gelte. Diese Politik habe das Regime Fidel Castros bisher jedenfalls nicht geschwächt. „Der Moment ist gekommen, eine solche schädliche Politik zu beenden“, so Dorgan.

Derzeit wird geschätzt, dass etwa 130.000 US-Amerikaner über Drittländer „illegal“ Kuba besuchen. Die Opposition gegen eine Lockerung ist allerdings nicht verstummt. Der kubanisch-stämmige republikanische Senator für New Jersey, Bob Menéndez etwa wandte sich gegen eine Öffnung, um die nach wie vor starre Haltung Kubas nicht zu prämiieren. Menéndez: „Die kubanische Regierung verkörpert schlicht und ergreifend eine brutale Diktatur.“ Gleichwohl gibt es selbst im kubanischen Exil in Florida aber auch erhebliche Sympathien für die neue Politik der Annäherung.

Auf der Basis von CEPAL-Schätzungen erhält Kuba durch sogenannte *remesas* von Landsleuten im Exil zwischen 900 Millionen und einer Milliarde Dollar, eine Summe, die sich angesichts der neuen US-Regeln deutlich erhöhen könnte. Experten, die von der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

spanischen Zeitung *El País* Mitte März zitiert werden, wird von einem Anstieg von bis zu 500 Millionen Dollar ausgegangen. Auch die Zahl der Touristen aus dem Kreis des US-Exils dürfte sich deutlich erhöhen. Bisher liegt ihr Anteil lediglich bei 150.000 von den 2,3 Millionen Touristen, die jährlich die Karibikinsel besuchen. Fraglich nur, wie die Insel mit dem erwarteten Ansturm fertig wird, in zahlenmäßiger und ideologischer Hinsicht.

Als klaren Fortschritt wertete Obama anschließend die Bereitschaft Raúl Castros, über alle Fragen inklusive der von politischen Gefangenen und Menschenrechten offen sprechen zu wollen. Castro hatte dies während des dem Amerika-Gipfel vorangegangenen Treffens der ALBA (Alternativa Bolivariana para las Americas) in Aussicht gestellt, dabei allerdings „gleiche Augenhöhe“ und eine Beachtung der kubanischen Souveränität gefordert. Umgehend wurde dieses Signal von US-Außenministerin Hillary Clinton begrüßt. Bereits Anfang April hatte sich Castro auch mit demokratischen Kongressmitgliedern getroffen und sich vier Stunden Zeit für die Unterredung genommen. „Er meint es ernst“, ließ sich anschließend die kalifornische Abgeordnete Barbara Lee vernehmen. Es sei über „alle für normale Beziehungen wichtige Fragen“ gesprochen worden.

Treffen mit Zentralamerikanern

Zu einem gesonderten Treffen traf US-Präsident Obama am Rande des Amerika-Gipfels auch mit seinen Amtskollegen aus Zentralamerika zusammen. Dabei dominierten nicht zuletzt Sicherheitsfragen und die *Merida Initiative* zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, in die an zentraler Stelle auch Mexiko eingebunden ist. Daneben spielten auch Migrationsfragen und verbesserte Kreditzugänge über die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) und den Internationalen Währungsfonds eine Rolle.

Auch mit den Mitgliedern der Karibischen Staatengemeinschaft CARICOM und den zwölf Staatschefs der Südamerikanischen Staatenunion (UNASUR) gab es gesonderte

Treffen am Rande des Gipfels. Allerdings steht die Benennung eines neuen Lateinamerika-Beauftragten der US-Regierung noch aus, ein Posten, der unter Präsident Bush nicht mehr besetzt wurde. Immerhin hat Obama mit Jeffrey Davidow einen Lateinamerika-Berater an der Seite, der nicht nur auf 34 aktive Jahre im diplomatischen Dienst der USA zurückblicken kann, sondern die Region aus zahlreichen und langjährigen Aufenthalten, u.a. als Botschafter seines Landes in Guatemala, Chile, Venezuela und Mexiko kennt. In der Clinton-Administration war er Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten im Außenministerium.

Die „Liebe zur Oma“

Mexikos Präsident Felipe Calderón verteidigte ausdrücklich die 97-Punkte umfassende Schlussklärung des Gipfels, die auf eine Verurteilung des US-Embargos gegen Kuba verzichtete. Fünf Staaten (die ALBA-Mitglieder Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Honduras und Dominica) verweigerten daher ihre Zustimmung, gleichwohl war von einem „Dokument des Konsenses, wenn auch nicht der Einstimmigkeit“ die Rede (Argentinien Präsidentin Christina Kirchner). Die Erklärung wurde dann stellvertretend für alle nur vom gastgebenden Regierungschef Patrick Manning unterzeichnet – ein Novum in der Gipfelgeschichte.

Ekuadors Präsident Rafael Correa mokierte sich angesichts zahlreicher Floskeln und unverbindlicher Absichtserklärungen: „Das ist so, als wenn du sagst, dass du deine Oma liebst. Wer wäre damit wohl nicht einverstanden?“ Neben der Kuba-Frage blieben nämlich bis zum Schluss und trotz mehrmonatiger Vorbereitungen auch Strategien wie die zur Bewältigung der Wirtschaftskrise oder die Einschätzung von Bio-Kraftstoffen kontrovers.

Gleichwohl, so Calderón, stelle sie einen „neuen amerikanischen Nord-Süd-Konsens“ dar. Er räumte allerdings ein, dass es ebenso wie in der Kuba-Frage auch bei den ökonomischen Themen der Krisenbewältigung Auffassungsunterschiede „in Form und Inhalt“ gebe. Als Erfolg wertete er, dass man sich zu einer gemeinsamen Anstrengung bei

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

der Bekämpfung der organisierten Kriminalität bekannt habe. Auch solle der Waffenhandel stärker kontrolliert werden. Ferner hob Calderón die Absicht hervor, die Interamerikanische Entwicklungsbank zu rekapitalisieren. Die Instrumente der Finanzinstitution sollten deutlich flexibler gestaltet werden, um auf Krisen wie die aktuelle schnell und adäquat reagieren zu können.

Obamas Besuch in Mexiko

Auch bei Obamas Besuch in Mexiko am 16. April – dem Gipfel in Trinidad und Tobago direkt vorgeschaltet – spielten vage Absichtserklärungen und die Inszenierung von Harmonie eine Hauptrolle. So sagte der US-Präsident Mexiko die volle Unterstützung beim Kampf gegen die Drogenkriminalität zu – finanziell bleibt es allerdings bei den bereits unter Präsident Bush zugesagten Geldern der *Merida Initiative*. Der Absicht, den grenzüberschreitenden Waffenhandel besser zu kontrollieren – Präsident Calderón erinnerte seinen Gast an die über 10.000 Waffengeschäfte auf der US-Seite der gemeinsamen Grenze –, müssen ebenso erst noch Taten folgen wie der Ankündigung, die Grenzregion zwischen beiden Staaten besser zu entwickeln und anstehende Migrationsfragen zu lösen: gerade Letzteres liegt zuvörderst in den Händen des Kongresses und dürfte vor 2010 kaum wieder auf die Tagesordnung gelangen.

Ausdrücklich nur am Rande thematisiert wurden die Kontroversen zwischen beiden Ländern über die Auslegung des mittlerweile 15 Jahre alten Freihandelsvertrages NAFTA, bei denen jüngst Mexiko erhebliche Strafzölle gegen US-Produkte verhängt hatte. Dies war eine Antwort auf die Entscheidung der USA, mexikanische Lastwagen künftig nicht mehr für Transporte jenseits der Grenzregionen ins Land zu lassen.

Immerhin nutzte Obama als erster US-Präsident seine Visite, um die Mitverantwortung der USA für die Drogenprobleme im Süden ausdrücklich anzuerkennen. Der Drogenkonflikt sei eine „Straße mit zwei Fahrtrichtungen“, bei der die Nachfrage nach Drogen im Norden sowie der Geld- und Wafentransfer gen Süden eingeschränkt

werden müssten. Es sei zwar kein realistisches Ziel, von einer Eliminierung des Drogen- und Waffenhandels entlang der gemeinsamen Grenze auszugehen, sagte Obama. Was man allerdings versuchen wolle sei, „beides drastisch zu reduzieren, damit es wieder zu einem kriminalistischen Problem werde und nicht ein strukturelles darstelle, das die Stabilität der Städte und Gemeinden in der Grenzregion bedrohe.“ Auch ernannte er kurz vor seinem Besuch in Mexiko mit Alan Bersin einen neuen Sonderbeauftragten für Grenzfragen mit Mexiko, eine Funktion, die dieser ähnlich auch schon während der Clinton-Administration inne hatte.

Manche Kommentatoren unterstreichen, dass die Beziehungen zu Mexiko in den USA in erster Linie unter innenpolitischen Gesichtspunkten gesehen werden: und dabei mache die Obama-Regierung keine Ausnahme. Aufmerksam wurde registriert, dass Janet Napolitano, Obamas Regierungsmitglied für Fragen der inneren Sicherheit, neben dem Präsidenten die Hauptrolle spielte, während Außenministerin Hillary Clinton – sie hatte den Obama-Besuch bei einer Mexiko-Visite Ende März vorbereitet – diesmal nicht mit von der Partie war. Napolitano war es denn auch, die gleich anschließend in den USA eine Einschränkung des Verkaufs hochkalibriger Schusswaffen in Zweifel zog: Das wäre „sehr polemisch“ und läge zudem in den Händen des Kongresses. Obama hatte dieses Thema im Wahlkampf angesprochen und ein Verbot des Verkaufs solcher Waffen als „sinnvoll“ bezeichnet. Momentan allerdings sei dafür nicht der Zeitpunkt. Er wolle dem Kongress aber die Ratifizierung des interamerikanischen Vertrages vorschlagen, der die Kontrolle des Handels mit Kleinwaffen vorsieht.

Gleichwohl war der Besuch auch für Staatspräsident Felipe Calderón ein voller Erfolg, der seinem Image zustatten kam. So konnte er darauf verweisen, dass Mexiko das erste lateinamerikanische Land war, das Obama besuchte, die Konzentration der Tagesordnung auf Sicherheitsfragen untermauert nicht zuletzt die Wahlkampfstrategie seiner PAN für die kommenden Wahlen im

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

Juni. Obama hatte Calderón für seine Anti-Drogenpolitik ausdrücklich gelobt und seinen Kampf als „mutig“ bezeichnet.

Auch konzentrierte sich die Gipfel-Regie seitens der USA voll auf Präsident Calderón. Für andere politische Kräfte in Mexiko, allen voran die die Linksparteien mit ihrem Frontmann Andrés Manuel López Obrador, gab es keine separaten Gesprächsgelegenheiten. Auch der Bürgermeister der mexikanischen Hauptstadt, Marcelo Ebrard musste auf ein Foto bei der Schlüsselübergabe der Stadt verzichten, die er so gern vorgenommen hätte.

Nur Gewinner

Zieht man Bilanz der Tage von Mexiko-Stadt und Trinidad/Tobago – und schaut man im Konkreten nicht so genau hin – gibt es nur Gewinner:

Präsident Obama knüpfte einen neuen Gesprächsfaden mit seinen südlichen Nachbarn an und profitierte davon, dass er eben nicht George W. Bush ist. „Amerika ist zurück“ – das könnte die Botschaft im Gesamtkontinent sein, sollte dem Gipfel von US-Seite ein *follow up* beschieden sein. Nach dem Desaster des Gipfels von Mar del Plata und entgegen allen Unkenrufen wurde es in schwieriger Zeit kein Gipfel des Streits.

Kuba konnte – einmal mehr unterstützt von den Forderungen aller Lateinamerikaner – einen Prestigeerfolg verzeichnen, ohne dafür zunächst Gegenleistungen erbringen zu müssen. Wie schon bei rein lateinamerikanischen Treffen zuvor überstieg die symbolische Bedeutung der Kuba-Frage die real existierende Wichtigkeit der Karibikinsel um ein Vielfaches. Verdeckt wird dadurch allerdings, dass Kuba nicht nur wirtschaftlich massive Unterstützung von außen braucht, um sein marodes System überlebensfähig zu halten. Die innere Opposition kann zumindest darauf hoffen, dass den Absichtserklärungen tatsächlich ein gewisser „Wandel durch Annäherung“ folgt.

Die Lateinamerikaner insgesamt können sich dazu gratulieren, ihre Themen auf die Tagesordnung gesetzt und den USA ver-

deutlich zu haben, dass man nicht länger „Hinterhof“ sein will, sondern selbstbewusster Partner sein möchte, der zudem an eigenen Integrationsprojekten feilt. Die ausgestreckte Hand Präsident Obamas und sein Auftreten dienen ihnen zu Hause als Beweis dafür, dass dies auch bei der Supermacht im Norden angekommen ist.

Dass Brasilien dabei mittlerweile eine klare Führungsrolle inne hat, dürfte gerade bei Venezuelas Präsident Chavez nicht nur Freude auslösen: immerhin kann er sich damit trösten, dass seine ALBA-Initiative ungebrochene Anziehungskraft ausstrahlt und wächst – zumindest, solange die trotz zurückgehender Preise enormen Öleinnahmen Venezuelas als notwendiges Schmiermittel funktionieren.

Mexikos Präsident Calderón seinerseits hatte sein imageförderndes Erfolgserlebnis wie dargestellt bereits vor dem Gipfel. Dass sein Land in Trinidad und Tobago einmal mehr keine herausragende und seiner Größe angemessene Rolle als regionaler Bezugspunkt spielte, wird er verschmerzen.

VENEZUELA

DER TIGER VON TRINIDAD LANDET ALS BETTVORLEGER

Chávez führt Venezuela in wachsende internationale Isolation

Unmittelbar vor dem „Gipfel der Amerikas“ in Trinidad und Tobago führte Präsident Chávez in Cumaná (Venezuela) eine Art Gegengipfel durch. Die durch seine Scheckbuchdiplomatie begünstigten kleinen Länder des ALBA-Bündnisses (Bolivarianische Alternative für Amerika), darunter Bolivien, Nicaragua und neuerdings die eine oder andere Karibikinsel, waren durch ihre Präsidenten vertreten. Als prominentester Gast sprach der kubanische Diktator Raúl Castro – zwar nicht ganz so lang wie sein älterer Bruder Fidel dies zu tun pflegte, aber dieses Mal fast so aggressiv gegen die USA wie dieser. Auch Chávez nutzte den alternativen Mini-Gipfel für seine altbekannten starken Töne. Das

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

Treffen diene dazu „die Artillerie auf Trinidad auszurichten“. In Cumaná wurde eine Konfrontationsstrategie gegenüber den USA ausgerufen, von der schon tags darauf beim Treffen mit Präsident Obama nichts mehr übrig blieb. Der Tiger landete in Trinidad als Bettvorleger. Chávez sprach Obama auf Englisch an: „I want to be your friend“, und das Foto von seinem unterwürfigen Lächeln ging um die Welt.

Es war Obama, der gleich zu Anfang der Konferenz auf Chávez zugegangen war. Die Freundlichkeit hatte offenbar präventiven Charakter. Dass Chávez angekündigt hatte, die Abschlusserklärung des Gipfels zu blockieren, war dem amerikanischen Präsidenten offenbar egal. Der „Summit“ hatte ohnehin vor allem symbolischen Wert, die Abschlusserklärung war unerheblich. Obama wollte seine Offenheit und Dialogbereitschaft gegenüber Lateinamerika demonstrieren, und das ist ihm mit seiner Charmeoﬀensive so umfassend gelungen, dass für den Krawall, mit dem Chávez auf internationaler Bühne zu unterhalten pflegt, gar kein Raum mehr blieb. Da spielte es auch keine Rolle mehr, dass Chávez seinen jungen Kollegen im Weißen Haus erst vor wenigen Tagen als „armen Ignoranten“ abgetan hatte.

Raúl Castro hatte durch seine scharfe Rede in Cumaná bereits deutlich gemacht, dass er es nicht nötig hat, auf einen Anwalt namens Hugo Chávez zurückzugreifen. In Trinidad übernahm die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner schon in der Eröffnungsrede die feierliche Rolle, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba mit klaren Worten einzufordern. Der Brasilianer Lula da Silva, nach den Worten Obamas der populärste Präsident der Welt, war Wochen zuvor bei seinem Besuch im Weissen Haus als eine Art Pate Kubas und sogar Venezuelas aufgetreten. Die neue Regierung der USA hatte den Gipfel mit einer Lateinamerikareise des Vizepräsidenten Joe Biden, einem Mexiko-Besuch von Außenministerin Hillary Clinton gefolgt von einem Besuch des Präsidenten selbst und natürlich zahlreichen präsidentiellen Telefonaten sehr gründlich und schließlich erfolgreich vorbereitet.

Das Treffen von Trinidad und Tobago sollte karibische Fröhlichkeit ausstrahlen und sich auf eine Demonstration von Sympathie und Bereitschaft zum Neuanfang beschränken. Im Grunde war allen klar: Obama hat ganz andere Sorgen und will vor allem Ruhe an der lateinamerikanischen Front. Sollte er bei der Vorbereitung des Gipfels Verbündete gesucht haben, um die provokative Außenpolitik Venezuelas mit großen Mengen diplomatischer Watte einzudämmen, dann ist diese Rechnung offensichtlich vollends aufgegangen.

In diplomatischen Kreisen in Caracas wird kolportiert, dass Argentinien, Chile und vor allem Brasilien gerne mit den USA zusammengearbeitet haben, um Chávez die Butter vom Brot zu nehmen. Das nahe Ende der Scheckbuchdiplomatie in Zeiten schwindender Öleinnahmen wirft seine Schatten voraus: Chávez führt sein Land in zunehmende internationale Isolation. Der egozentrische Krawall, der dem reichen Gönner zuvor noch zugestanden wurde, geht den Nachbarn immer mehr auf die Nerven und stört deren eigene Strategien gegenüber den USA und untereinander.

Obama kommentierte die Auftritte seines venezolanischen Kollegen in Trinidad mit lässigem Spott und cooler Selbstironie: Chávez sei ihm beim Umgang mit den Fernsehkameras um Längen voraus. Als der Comandante ihm den linken Klassiker – andere meinen: den alten Schinken – „Die offenen Adern Lateinamerikas“ als Geschenk überreichte, habe er zuerst gedacht, Chávez selbst habe das Buch geschrieben und wollte ihm spontan etwas Selbstgeschriebenes als Gegengabe offerieren. Am nächsten Tag vermeldeten die Medien, dass die soundsovielte Neuauflage des Werkes von Eduardo Galeano nach dem Chávez-Auftritt über Nacht mächtig in den Verkaufslisten geklettert sei, und Obama frotzelte, sein venezolanischer Kollege sei erfolgreicher als Oprah Winfrey, die bei ihren Talk-Sendungen im US-Fernsehen auch ständig Bücher vor die Kamera hält, worauf sich diese wie geschnitten Brot verkaufen. Darin drückt sich ohne Zweifel ein sehr cooles Verhältnis von Obama zu Chávez aus, wenn er ihn mit einem seiner größten weiblichen Fans ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

gleich, als welche Oprah in den USA allgemein bekannt ist.

Nachdem Chávez mit dieser Aktion einmal mehr das Licht der Medien auf sich gezogen hatte, nachdem er Hillary Clinton medienwirksam auf einem Flur getroffen und nachdem er bei der Aufnahme des Gruppenbildes mit Obama wie mit einem Klassenkameraden scherzhaft herumgestikuliert hatte, sendete das venezolanische Staatsfernsehen gegen Ende des Gipfels noch weitere, diesmal exklusive Aufnahmen von einem dritten Zusammentreffen zwischen Chávez und Obama. Die verwackelten und tonlosen Bilder wirken wie mit versteckter Kamera aufgenommen, zeigen aber einen todernsten amerikanischen Präsidenten, der mit erhobenem Zeigefinger spricht, und daneben einen olivgrün gekleideten Oberstleutnant aus Venezuela, der mit angelegten Armen zuhört als müsse er strammstehen.

Das große Medienereignis im Nachbarland wurde für den venezolanischen Hausgebrauch daheim fortgesetzt. Die Regierungszeitung „Vea“ titelte am Tag danach: „Dieser Gipfel hat das Tor zu einer neuen Ära aufgestoßen“, und zeigte dazu ein weiteres Fotolächeln von Chávez und Obama nebst Dolmetscherin. In Caracas wurde die Ernennung eines neuen Botschafters in Washington angekündigt, sofern die US-Regierung dies zulasse. Im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung im September 2008 hatte Chávez den amerikanischen Botschafter mit äußerst rüden Worten ausgewiesen, worauf die Regierung Bush routinemäßig und ohne Medienrummel die genau entsprechende Gegenmaßnahme verfügte.

Barack Obama musste sich zu Hause natürlich Kritik anhören, dass er den venezolanischen Autokraten hofiere. Aber was war in Trinidad eigentlich passiert? Der venezolanische Querulant hatte Kreide gefressen und war offenbar fast von alleine darauf gekommen, dass eine Fassade aus breitem Lächeln und internationaler Verständigung seine innenpolitische Agenda begünstigt und abschirmt.

Während Chávez auf diplomatischem Parkett gut Wetter macht, überzieht er seine

Gegner im Inneren mit einer Welle der Repression. Beim Abbau der Demokratie in Venezuela erhöht der Comandante derzeit die Schlagzahl. Missliebige Figuren wie den Bürgermeister von Maracaibo Manuel Rosales drängt er ins Exil. Seinen ehemaligen Weggefährten General Raúl Baduel wirft er ins Gefängnis. In Caracas hat er über den im November 2008 gewählten Bürgermeister Antonio Ledezma ein von ihm ernannte Gouverneurin gesetzt, die nun über fast alle Mittel verfügt, die zuvor von Ledezma verwaltet wurden. Der oppositionelle Fernsehkanal Globovisión wird mit Schließung bedroht. Den Nichtregierungsorganisationen droht ein Gesetz über internationale Kooperation, dass ihnen den Zugang zu ausländischer finanzieller Unterstützung verschließen könnte. Die anstehenden Kommunalwahlen sind auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Revolutionsführer Hugo Chávez spekuliert darauf, dass die internationale Gemeinschaft ihm ein wesentlich höheres Mass an Repression und Gewalt durchgehen lässt als er bisher angewendet hat. Damit dürfte er richtig liegen.

BRASIL IEN

Brasilien als wichtigster Partner Obamas in Lateinamerika

Auch in Brasilien wurde der V. Amerikagipfel seit 1994 vor allem mit Blick auf das erste größere Treffens des neuen US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama mit seinen Amtskollegen im südlichen Teil der westlichen Hemisphäre gesehen. Im Vordergrund stand dabei die Annäherung an Kuba und überhaupt das Verhältnis Obamas zu seinen schärfsten Kritikern, angeführt vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez.

Obama-Euphorie und Kuba-Frage

Bereits in den letzten Monaten hatte sich Brasiliens Präsident Lula für die Integration Kubas in die regionale Zusammenarbeit eingesetzt. Nicht zuletzt mit dem Gipfel-Marathon Mitte Dezember 2008 im brasilianischen Bahia (Mercosur, Rio-Gruppe, UNASUR, CALC) war das Signal verbunden ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASILIEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

wesen, dass man auf regionale Zusammenarbeit unter Einschluss Kubas setzt. Diese kann gerne auch ohne die USA stattfinden, wobei Lula die wortgewaltige Rhetorik in diese Richtung gerne Hugo Chávez überlässt. Demonstrativ war Kuba zu diesen Gipfeln eingeladen worden und die USA eben nicht. Lula präsentiert sich und Brasilien als selbst-, aber auch verantwortungsbewusste Führungsmacht, die selbstverständlich von keiner Obsession gegen das „Imperium“ (Diktion Chávez) heimgesucht wird. Euphorisch wurde aus dem stark afrikanisch beeinflussten Brasilien schon die Wahl eines Afroamerikaners zum US-Präsidenten begrüßt und man fühlte sich mehrfach durch Obama in der angestrebten Führungsrolle in Lateinamerika bestätigt: Obama empfing Lula gleich zu Beginn seiner Amtszeit im März im Weißen Haus und hatte beim G20-Gipfel in London Anfang April einen in Brasilien inzwischen legendären Spruch über ihn von sich gegeben: „I love this guy. He's the most popular politician in the world“, der seither fast täglich in den Medien herangezogen wird mit der portugiesischen Übersetzung von *guy* „cara“: „Esse é o cara...“

Mit diesem Rückenwind war Lula mit seinem Außenminister Celso Amorim zum Gipfel nach Trinidad gereist, um als verantwortungsbewusster Führer Lateinamerikas Obama gegenüber zu treten. Als Abgrenzung gegenüber Chávez und seinen Gefolgsleuten, die sich am Tag vor Trinidad im venezolanischen Cumaná trafen, ist wohl die Ankündigung Lulas zu verstehen: „Brasilien wird ausgleichend und ohne Übertreibungen auftreten.“ Das bedeutet konkret beim Thema Kuba, dass Lula für die Wiederaufnahme Kubas in die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eintritt und diese Frage zu einem wichtigen Testfall für Obamas Bereitschaft, eine wirklich neue Lateinamerika-Politik zu betreiben, erhebt. So sagte Lula in Trinidad, die Beziehungen der USA zu Kuba seien ein wichtiges Signal hinsichtlich der Bereitschaft der USA, ihr Verhältnis zu Lateinamerika insgesamt zu entspannen. Er lobte Obamas Schritte der letzten Tage (Liberalisierung für Reisen und Überweisungen von US-Bürgern nach Kuba), hält sie aber nicht für ausreichend.

USA sollen mehr tun in Lateinamerika

Zu diesem „ausgleichenden“ Kurs Lula gehört es auch, nun einerseits den Gipfel und den Auftritt Obamas zu loben, so wie er auch insgesamt in der brasilianischen Presse eher positiv bewertet wurde. Andererseits fordert Lula ein deutlich stärkeres Engagement der Obama-Administration in Lateinamerika: Er empfahl Obama, dringend Vertraute in diejenigen Länder der Region zu entsenden, welche über keine intensiven Beziehungen zu den USA verfügten. Er riet dem US-Präsidenten, seine Außenministerin Hillary Clinton oder ähnlich hochrangige Regierungsmitglieder zum Ausbau der Beziehungen nach Venezuela, Ecuador oder Bolivien zu senden. Obama hatte beim Gipfel einen 100-Millionen-US-Dollar-Fonds angekündigt, um in Lateinamerika Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu ermöglichen, damit diese besser mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Recht kommen können. Wurde diese Maßnahme zunächst als weiteres positives Symbol gewertet, kritisierte Lula schließlich recht scharf die geringfügigkeit des Programms: „Natürlich haben die USA ein größeres Problem mit der Finanzkrise als wir, aber wenn man sich vorstellt, dass dieses Land ein BSP von 17 Billionen US-Dollar hat, ist die Widmung von 100 Millionen an den Kontinent doch wenig.“ Das brasilianische Außenministerium sprach gar von einer „unpassenden Gabe“.

Treffen Obamas mit UNASUR

Bestätigung fand die brasilianische Außenpolitik in dem eigenen Treffen Obamas mit der Gruppe UNASUR (Union der Südamerikanischen Nationen). Diese Gruppe hatte sich erst im Mai 2008 offiziell in Rio de Janeiro gegründet und geht auf eine Initiative Brasiliens zurück. Obgleich Kritiker dem brasilianischen Außenministerium Itamaraty unterstellen, diese regionale Initiative nicht zuletzt zur Untermauerung des eigenen Führungsanspruches auf dem Subkontinent ergriffen zu haben, konnten sich die anderen südamerikanischen Staaten wie z.B. Venezuela, Kolumbien oder Argentinien bei all ihren Unterschieden dem nicht entziehen. Die Tatsache, dass ein solches Gespräch mit Obama überhaupt stattfand,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

wurde in Brasilien als wichtige Anerkennung gewertet. Außenminister Celso Amorim stellte dies als ein wesentliches Ergebnis des Amerikagipfels heraus.

Meinungsverschiedenheiten bei den Biokraftstoffen, rhetorische Einigkeit bei der CO²-Reduktion

In einem sachlich für Brasilien sehr wichtigen Punkt konnte man sich trotz Annäherung an die USA nicht durchsetzen: Der Förderung von Biokraftstoffen. Brasilien, das seit über 30 Jahren Bioethanol aus Zuckerrohr herstellt und seinen PKW-Fuhrpark fast komplett auf die flexible Nutzung dieses Kraftstoffes und von Benzin umgestellt hat, sieht sich als kommende Energiemacht in diesem Bereich. Deshalb ist die vor allem in den USA und Europa geäußerte Kritik, dass Biokraftstoffe einerseits die Lebensmittelpreise mit verheerenden Folgen für die Ärmsten der Welt nach oben treiben und andererseits in Brasilien für das Weltklima wichtige Regenwaldflächen zugunsten des Zuckerrohranbaus abgeholzt werden, für Lula ein zentrales Thema. Dass mit Obama bereits im Vorfeld von Trinidad Annäherungen zur Förderung von Biokraftstoffen erzielt werden konnten, war ein wichtiger Erfolg. Lula bestritt die genannten Risiken energisch und bot den Partnern in der Region eine Teilhabe am brasilianischen Technologiefortschritt an. Er setzte sich für „Biokraftstoffe der 2. Generation“ ein, die in keinerlei Konkurrenz mehr zu Lebensmitteln stünden.

Bei diesem Thema konnte beim Amerikagipfel ebenso wenig Einigkeit erzielt werden, wie beim eher ideologisch aufgeheizten Thema Kuba. Hier kamen die Widerstände jedoch nicht aus den USA, sondern eher aus den Öl- und Gas-exportierenden Nachbarländern (z.B. Bolivien), die andere Interessen verfolgen. Das Versprechen, bis 2050 den Ausstoß von Kohlendioxid um die Hälfte zu reduzieren, dürfte nicht nur wegen der fehlenden Unterschriften unter dem Abschlussdokument als wohlmeinende Rhetorik abgetan werden.

Bilanz aus brasilianischer Sicht

In der brasilianischen Bewertung überwiegt das positive Element: Obama legte mit Symbolen und persönlicher Offenheit den Grundstein für bessere Beziehungen zu Lateinamerika und sieht Brasilien als dessen führenden Repräsentanten an. Durch sein Zugehen auf Chávez hat Obama diesem aggressiven Rivalen Brasiliens den Wind aus den Segeln genommen. Brasilien sieht den Ansatz Obamas, eigene Fehler der Vergangenheit zuzugeben und einen Verzicht auf antiamerikanische Rhetorik und Politik einzufordern, wohlwollend. Dennoch bleibt man in Brasilien kritisch und fordert substantielle Verbesserungen der US-Lateinamerika-Politik ein. Für jeden konstruktiven und partnerschaftlichen Schritt der USA in diese Richtung steht man als regionale Führungsmacht bereit, die allerdings die anderen Staaten auf dem Kontinent dabei weder vergessen darf noch kann.

Präsident Lula wird sicher auch weiterhin bis zum Ende seiner Amtszeit im Dezember 2010 den Spagat zwischen einerseits Kooperation mit den USA und dem Westen und andererseits antiwestlicher Rhetorik und Symbolik üben: Öffentlich schimpfte er auf die für die Finanzkrise verantwortlichen Banker: „Weiße mit blauen Augen“. Während des Ekklats bei der UN-Rassismuskonferenz in Genf durch Irans Präsident Ahmadinedschad (einem Chávez-Freund) blieben die brasilianischen Vertreter im Saal, applaudierten aber auch nicht.

Der iranische Präsident kommt Anfang Mai zum Staatsbesuch nach Brasilien. Inzwischen bemüht sich das brasilianische Außenministerium um Schadensbegrenzung und hat angekündigt, dass Präsident Lula die Aussagen Ahmadinedschads beim Treffen in Brasília diesem gegenüber klar kritisieren werde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

USA

Obamas neue Lateinamerikapolitik

Bereits vor Antritt seiner Lateinamerikareise stellte Präsident Obama in einem offenen Brief, der in zahlreichen Zeitungen Lateinamerikas sowie in Floridas Miami Herald erschien, seine Vision einer neuen Lateinamerikapolitik vor.

Unter dem Titel „Wir können als Partner arbeiten“ fordert der neue Präsident einen Neuanfang für die Hemisphäre, geprägt von einer Partnerschaft unter „Gleichen“ orientiert auf Wohlstand, Energiesicherheit und Klimaschutz sowie gemeinsame Sicherheit („We can work as partners“, The Miami Herald, 16. April). Mit dem ersten Schritt der Lockerung des Embargos gegenüber Kuba (Aufhebung von Reise- und Geldtransferbeschränkungen für Amerikaner kubanischer Abstammung) hatte Obama bereits anfangs der Woche den Neubeginn seiner Kuba-Politik manifestiert. Sein Appell in der größten Tageszeitung der Hochburg der Exilkubaner galt nun den Machthabern Kubas, den nächsten Schritt in Richtung Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte zu tun. In seiner Rede vor den versammelten Staatschefs der *Organization of American States* (der Kuba nicht angehört) betonte Präsident Obama darüber hinaus, dass die Vereinigten Staaten sich verändert hätten. Er verwies aber auch darauf, dass sich nicht nur die USA verändern müssten: „Wir tragen alle Verantwortung für den Blick in die Zukunft.“ Für beide Aussagen, insbesondere für sein Versprechen, dass die Vereinigte Staaten künftig „Freund und Partner“ sein werden, sowie für die beiden letzten Worte seiner Rede „gegenseitiger Respekt und Gleichheit“ erntete Präsident Obama „begeisterten Applaus“ („Obama Urges 'Equal' Ties in Hemisphere“, Washington Post, 18. April).

Warnungen vor karibischen Gefahren

Niemand rechnete vor dem Gipfel mit einer Aufhebung des US-Embargo gegenüber Kuba, niemand erwartete, dass Hugo Chavez das Treffen nicht für einen theatralischen Auftritt nutzen würde. Dennoch appellierten

kritische Stimmen noch vor seiner Abreise an Obama, als starker Präsident aufzutreten und nicht den Fehler des „appeasement“ zu machen („Summit needs a strong Obama, not an apologetic one“, Christian Science Monitor, 16. April). Die USA, so der Ray Walsler von der Heritage Foundation, könnten es sich nicht leisten, das Gipfeltreffen zu einer „latin listening tour with photo ops“ zu machen. Es gehöre sich nicht, dass Obama sich, wie gerade bei seiner Europareise, für „angebliche amerikanische Fehler“ entschuldige, die USA dürften sich nicht zu „einseitiger schuldbewusster Kapitulation“ hinreißen lassen. Insbesondere solle Obama den Castro-Brüdern und dem „starken Mann“ aus Venezuela Widerstand leisten. Nur so könne Obama das amerikanische Staatsschiff erfolgreich durch das „Schuldenriff, um die kubanische Charybdis und die Untiefen von Chavez“ navigieren. Auch Alvaro Vargas Llosa, Lateinamerikaexperte des Independent Institute rief Obama in einem „Memo to President Obama“ (Washington Post, 15. April) auf, die „Kubanisierung“ des Gipfels zu verhindern, die Hugo Chavez mit Sicherheit versuchen werde.

Der Handschlag und das Buch: Meßlatte für Obamas Außenpolitik?

Allgemein herrschte die Erwartung vor, dass der Gipfel erfolgreicher sein werde als der „Fiasko“-Gipfel (New York Times, 17. April) vor vier Jahren in Argentinien, der für Präsident Bush mit Protestlern, Fehdehandschuhen von Hugo Chavez und Streitigkeiten über eine Freihandelszone „in Bitterkeit endete“ (vgl. Wall Street Journal, 15. April). Die US-Medien konzentrierten ihre Berichterstattung vor allem auf Äußerlichkeiten, insbesondere auf die Frage, wie geht Obama mit Chavez um.

Sowohl der „handshake“ als auch die Überreichung des Buches „Open Veins of Latin America: Five Centuries of the Pillage of the Continent“ des uruguayischen Autors Eduardo Aleano sorgten für helle Aufregung in den Print-Medien, den TV-Expertenrunden und in der Blogosphäre. Jack Tapper (ABC News) lieferte auf seinem Blog („Political Punch“, 17. April) Detailinformationen über den „lateinamerikanischen Klassiker“, den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

der Chicago Tribune Blog kurz „Lateinamerikas linke Bibel“ taufte (The Swamp, 21. April). In der Online-Ausgabe der New York Times fanden sich gleich zwei Blog-Beiträge zu Chavez. Dieser geriere sich jetzt als eine „neue Oprah“¹ (NYT, The Lede, „Chavez, the New Oprah, Makes Another Best Seller“, 20. April).

Seit dem Buchgeschenk von Chavez an Obama sei das Buch von Platz 54.295 auf Platz 2 der Amazon-Liste emporgestiegen, ähnlich wie 2006 das Buch von Noam Chomsky „Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance“ nach der Erwähnung von Chavez vor der UN-Generalversammlung auf Platz 1 von der Amazon-Bestsellerliste gerückt war (vgl. auch „The Book Chavez Gave to Obama“, Idea of the Day, New York Times, 20 April). Auch über die Blogosphäre hinaus, kommentierten renommierte Journalisten den Handschlag, zu dem Obama „anscheinend warm gelächelt habe“. (New York Times, 18. April „Obama was photographed sharing a handclasp and a seemingly warm smile with Chavez“).

Kommentatoren in Print und TV-Medien kritisierten Obamas Haltung: der Handschlag sei ein „schreckliches Signal“ und eine „echte Gefahr“, so der ehemalige und möglicherweise zukünftige republikanische Präsidentschaftskandidat Newt Gingrich, der den Umgang Obamas mit Diktatoren weltweit bei FoxNews scharf verurteilte (FoxNews, „On the Record“, 19. April). Ebenfalls bei FoxNews kritisierte der landesweit bekannte konservative Kolumnist Charles Krauthammer Obamas Reaktion: „Man kann Hände schütteln, aber wenn dein Land angegriffen wird, muss man etwas sagen, um es zu verteidigen... Es geht um das Land!“ („Special Report“ Panel zu „Obama's Interaction with Latin America at Summit“, 21. April).

Selbst der gerade mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Washington Post-Kommentator Eugene Robinson verurteilte

Obama, der etwas mehr Temperament hätte zeigen sollen: „er hätte klar vermitteln sollen – durch seine Haltung, seinen Ausdruck und seine Sprache - dass er nicht amüsiert war.“ Chavez habe eine Beleidigung intendiert und „ich hätte Obama geraten, in gleicher Münze zurückzuzahlen.“ („When Slapped, Slap Back“, Washington Post, 21. April). Obama habe zwar Recht, wenn er den Staatschefs der Nachbarländer Respekt erweisen wolle. Aber diejenigen, die ihm keinen Respekt zollten, hätten eine Ohrfeige verdient („the back of the presidential hand“).

Dan Balz, ebenfalls Washington Post-Kolumnist, zitierte Dick Cheney und andere Republikaner, die den „freundlichen Austausch“ als unverantwortlich kritisiert hatten („Obama's Gripping Style Overseas“, Washington Post, 21. April). Er räumte jedoch ein, dass es zu früh sei, die außenpolitische Charme-Offensive (die neue „Obama-Doktrin“) zu verurteilen: „Die Eröffnungsrunden seiner diplomatischen Gesten gegenüber der Welt liefern keine echten Antworten auf die tiefgreifenderen Fragen. Mit der Zeit wird es klarer, ob Obamas Ansatz zu anderen Ergebnissen mit Iran, Nord-Korea oder anderswo führen wird. Er profitiert jetzt von der Gegenreaktion zu Bush. Mit der Zeit wird seine Außenpolitik für sich selbst sprechen.“ Für den Lateinamerikabeobachter von John McCain, den ehemaligen US-Botschafter in Venezuela Otto Reich, war jedoch Obamas Geste ein „beschämender Fehler“. Nach Reich ist dies Obamas Mangel an Erfahrung auf dem internationalen Parkett zuzuschreiben. Hugo Chavez habe den Händedruck inzwischen als „größten Triumph der venezolanischen Diplomatie“ bezeichnet und versuche, es als Obamas Zustimmung zu seiner Politik darzustellen. Auch das Photo mit Chavez und „dem Buch“ sei ein Fehler gewesen, insbesondere ein Fehler seines Mitarbeiterstabes, der dies hätte verhindern müssen. (Newsmax.com, „Otto Reich: Obama's Encounter With Chavez Damaged U.S. Foreign Policy“, 20. April).

¹ Anspielung auf die amerikanische Talk-Show-Königin Oprah Winfrey, deren Book Club ein Buch automatisch auf die Bestsellerliste emporschießt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

Obamas außenpolitisches Experiment umstritten

Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet ebenfalls Obamas Reaktion auf die 53-minütige Rede des Präsidenten von Nicaragua Daniel Ortega. Charles Krauthammer nannte diese in FoxNews (21. April) eine vernichtende Kritik der USA und brüskierte sich über Obamas „narzisstische“ Reaktion: „Ich bin dankbar, dass Präsident Ortega mich nicht für Dinge beschuldigt hat, die passiert sind, als ich drei Monate alt war“. Krauthammer ist der Meinung, dass auch wenn sich die Invasion der Schweinebucht zur Zeit der Kennedy-Regierung ereignet habe, der amerikanische Präsident sein Land verteidigen müsse, „auch wenn dieses Zeug vor ihm stattgefunden hat“.

Die Korrespondentin des renommierten Radiosenders National Public Radio (NPR), Mara Liasson, zitierte die Reaktion des CBS-Kollegen Mark Knoller, der während der Ortega-Rede eine E-mail aus dem White House-Pressepool an seine Presse-Kollegen sendete: „Es ist schwer sich vorzustellen, dass Präsident Bush oder Präsident Reagan während dieser Rede sitzen geblieben wären.“ Liasson verteidigte jedoch Obamas Haltung: er sei „ein guter Zuhörer und versuche, gemeinsame Ansatzpunkte zu finden, wo immer sie zu finden seien.“ Dennoch sei die „Obama-Doktrin“ ein großes Experiment mit dem Versuch, durch eine bescheidenere Haltung, manchmal auch mit Schuldbekennnissen für Amerikas frühere Fehler, mehr Wohlwollen in der Welt zu gewinnen, den weitverbreiteten Anti Amerikanismus einzudämmen und damit den Weg für eine bessere Zusammenarbeit für die Ziele der USA zu ebnen. Für Fred Barnes, Chefredakteur des konservativen Weekly Standard steht jedoch fest, dass diese Strategie fehlschlagen wird. Dies habe bisher weder mit Nordkorea noch mit Iran funktioniert. Auch die Rede von „gleichgestellten Partnern“ statt „junior partner countries and senior partner countries“ sei herablassendes „Babygeschwätz“, obwohl dies zwar bei einigen „Ländern da unten“ gut angekommen sei.

Kuba: Lob und Kritik

Die argentinische Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner, so die New York Times („Latin American leaders praise Obama's policy shift on Cuba at Summit of the Americas“, 18. April) habe Obama für die Lockerungen der „absurden Beschränkungen der Bush-Regierung“ gegenüber Kuba gelobt. Andere Staatschefs Lateinamerikas sagten, so die NYT, dass sie mit Obamas Zugehen auf Kuba eine historische Wende bezeugen konnten. Für das konservative Wall Street Journal jedoch ist Obamas Charme-Offensive nicht genug: „Er hat nur versprochen, noch etwas mehr zu reden, eine Strategie, die niemanden vor den Kopf stoßen und nichts erreichen wird. Es ist eine Strategie, die die bisherige Außenpolitik Obamas in der Region zusammenfasst.“ (Mary Anastasia O'Grady, WSJ, „Americas Summit: Missed Opportunity“, 20. April). Die Washington Post berichtete zu Beginn des Lateinamerika-Gipfels von der Kritik der „meisten Regierungen in der Region“, die das Kuba-Embargo als diplomatischen „Doppelstandard“ ansehen, da die US-Regierung auch auf Iran zu gehe und Gespräche mit Nordkorea führe. Zitiert wird auch OAS-Generalsekretär Jose Miguel Insulza mit seiner Kritik an Obamas Kubapolitik: „Wenn man eine neue Politik mit Lateinamerika will, dann muss man auch hören, was gesagt wird... Die Welt kann sich nicht an einem Tag ändern, und die meisten Länder verstehen das. Aber warum spricht man nicht mit Kuba?“ („Obama Urges 'Equal' Ties in Hemisphere“, Washington Post, 18. April).

Obama schien dies in seiner abschließenden Pressekonferenz zu beantworten: „Kuba hat null (politische) Gefangene freigelassen.. und doch sind wir freundlich zu Kuba. Ich mache Dinge methodisch und ruhig... Dinge, die funktionieren, aber ich mache mir keine falsche Vorstellungen über Lächeln und Worte.“ (AP, Ben Feller, 20. April „Obama says reaching out to enemies strenghtens US“ in Washington Post).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Obamas lateinamerikanischer Frühling

MEXIKO

FRANK PRIESS

VENEZUELA

DR. GEORG EICKHOFF

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

USA

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

24. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/mexiko

www.kas.de/brasilien

www.kas.de/usa

Für Tim Padget von TIME gilt, daß Präsident Obama jetzt nach der „feel good rhetoric“ des Gipfeltreffens konkrete Maßnahmen folgen lassen muss – und diese sich nicht auf die traditionellen Prioritäten von Freihandel und Drogenbekämpfung beschränken sollten. Gleichzeitig, so Padgets Empfehlung, sei es angebracht, dass Chavez und andere Linke Lateinamerikas, die Obama die Galeano-Lektüre nahelegen, ihrerseits Obamas Bücher lesen würden, denn dort würden sie, beispielsweise in „The Audacity of Hope“, Obamas post-ideologische politische Philosophie finden, die zur US-Politikwende gegenüber Lateinamerika geführt habe, der jetzt so viele in der Region applaudierten. „Es ist etwas, das sich lateinamerikanische 'yangui-bashers' merken sollten, wenn sie weiterhin von ihren eigenen lateinamerikanischen Wählern Applaus ernten wollen.“ („Signs of Spring: U.S.-Latin America Relations Thaw“, TIME, 20. April)